

Grundlagenpapier

Ökonomie

Grüne Kanton Zürich

Zürich, November 2010

Ackerstrasse 44

CH-8005 Zürich

Tel. +41 44 440 75 50

Fax +41 44 440 75 51

www.gruene-zh.ch



Inhalt

1. Einleitung	3
2. Standortförderung und Investitionsbeiträge	5
3. Steuerpolitik	7
4. Rohstoffe	10
5. KMU-Förderung	11
6. Unternehmen der öffentlichen Hand	12
7. Beschaffungswesen	14
8. Finanzpolitik	15

1. Einleitung

Die gegenwärtige Lage der Welt umfasst vielfältige Krisen (Finanz-, Klima-, Arbeitskrise). Sie fordern Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft heraus. Dabei ist die Klimaerwärmung wohl die grösste Bedrohung des 21. Jahrhunderts. Gegenüber dem Bericht des Weltklimarates aus dem Jahr 2007 zeichnet sich eine Verschärfung der durch den Klimawandel hervorgerufenen Auswirkungen aus. Die prognostizierten Worst-Case-Szenarien des IPCC-Berichts (Intergovernmental Panel of Climate Change) könnten sich bewahrheiten. Entscheidungsträger aus Politik und Wirtschaft müssen handeln, wir dürfen nicht noch mehr Zeit verstreichen lassen. Die Klimaerwärmung macht viele Gegenden der Erde unbewohnbar. Immer mehr Menschen werden durch die Folgen des Klimawandels aus ihrer Heimat vertrieben. In der Debatte über den Klimawandel wird zu wenig über die Folgen und Herausforderungen der «Klimaflüchtlinge» diskutiert. Wir im Kanton Zürich können uns nicht «wohl versorgt und weit weg» wähnen; auch wir werden vor nichts verschont werden: Als Wirtschaftskanton brauchen wir Antworten auf die Krise, die uns der Finanzplatz Schweiz beschert hat. Der ökologische Fussabdruck, den der Kanton Zürich hinterlässt, ist definitiv zu gross. Die Existenzsicherung im Sinne einer sozialen, menschlichen Sicherheit aller Bewohnerinnen und Bewohner des Kantons ist ungelöst.

Mit den vorliegenden Grundlagenpapieren wollen die Grünen einen Beitrag leisten zur Konsenssuche in den Bereichen Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft. Nachhaltigkeit wird definiert als eine ausgewogene Entwicklung in allen drei Bereichen. Für die Grünen ist klar, dass eine nachhaltige Entwicklung unvereinbar ist mit einem Wachstums- und Konsummodell, das die natürlichen Ressourcen rücksichtslos ausbeutet und das Ökosystem durch Schadstoffe und Abfälle immer mehr belastet und zerstört. Deshalb suchen und diskutieren die Grünen Alternativen und Lösungsansätze für die dringendsten Probleme. Einzelne Sektoren werden nicht isoliert betrachtet, sondern mit allen Verknüpfungen, die unser Handeln haben. So kann eine Senkung des Ressourcenverbrauchs neue Arbeitsplätze generieren und die Wirtschaft vom Schutz der Umwelt profitieren. Und gesunde Lebensbedingungen sind eine Voraussetzung für solidarisches Handeln. Wenn ein Einkommen existenzsichernd ist, bleibt Energie für Sozialzeit, was wiederum Kosten im Sozialwesen spart.

Mit diesen Grundlagenpapieren schaffen die Grünen Transparenz für Wählerinnen und Wähler. Mit der Wahl von Exekutive und Legislative kann jeder Wähler und jede Wählerin ein Zeichen setzen. Mehr noch: sie setzen politische Schwerpunkte für die nächsten Jahre, für das neue Jahrhundert. Die Grünen fordern seit Jahren eine nachhaltige Entwicklung, jetzt wollen wir sie umsetzen.

Der ökologische Umbau als Chance

Im Januar 2007 postulierte der US-Ökonom Thomas L. Friedman einen «Green New Deal» für die US-Wirtschaft, im Oktober 2008 doppelte der Direktor des Uno-Umweltprogramms, Achim Steiner, nach und forderte die Industrieländer auf, in umweltfreundliche Technologien zu investieren. Seither ist es en vogue, dafür zu werben, wofür sich die Grünen seit Jahrzehnten einsetzen: eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Wirtschaft.

Blosse Absichtserklärungen führen jedoch nicht zur Trendumkehr: Das Jahr 2008 hat noch einmal verdeutlicht, was längst bekannt ist: das heutige globale Wirtschaftssystem ist nicht nachhaltig, noch immer wird auf zur Neige gehende Rohstoffe und verfehlte Anreizsysteme gesetzt. Die Internationale Energieagentur schätzte, dass 2005 weltweit rund 245 Milliarden US-Dollar in die Erschliessung und Aufbereitung fossiler Rohstoffe investiert wurde, aber nur 35 Milliarden Dollar in erneuerbare Energien. In Energieeffizienzmassnahmen wurden gar nur 1,5 Milliarden Dollar investiert. Die Folgen sind Kosten in kaum vorstellbarer Höhe, sowohl für die Umwelt, als auch für die Staatskassen. Nach der Schätzung von Nicolas Stern, dem ehemaligen Chefökonom der Weltbank, könnten die Kosten der Treibhauserwärmung weltweit neun Milliarden US-Dollar betragen. Gemäss seinem Bericht aus dem Jahr 2006 bleiben uns nur zehn bis fünfzehn Jahre zur Trendumkehr.

Der ökologische Umbau der Wirtschaft ist nicht nur eine umweltpolitische Notwendigkeit, er ist auch volkswirtschaftlich sinnvoll. Er sichert die Wettbewerbsfähigkeit lokal ansässiger Betriebe und schafft überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze mit sehr unterschiedlichen Qualifikationsanforderungen. Die wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen müssen so gesetzt werden, dass sie ökologisch vorbildliche Branchen und Anbieter stärken und diese an die Stelle nicht nachhaltiger Wirtschaftsformen treten können.

Im Papier «Bausteine zum ökologischen Umbau der Wirtschaft» zeigen die Grünen Schweiz auf, mit welchen Massnahmen dieser Umbau für verschiedene

Branchen zu bewerkstelligen ist. Dieses Dokument legt den Fokus auf den Wirtschaftsstandort Zürich und auf konkrete Forderungen.

2. Standortförderung und Investitionsbeiträge

a. Ausgangslage in der Schweiz und im Kanton Zürich

Der Umweltschutzmarkt in der Schweiz zeichnet sich durch eine besonders hohe Beschäftigungswirksamkeit aus, denn die inländische Fertigungstiefe ist überdurchschnittlich hoch. Gemäss einer Studie des damaligen Bundesamtes für Umwelt, Wald und Landwirtschaft (heute Bundesamt für Umwelt) waren bereits im Jahr 2004 im Umweltschutzsektor 61'000 Vollzeitstellen vorhanden. Weitere 12'500 Stellen werden durch Exporte von Umwelttechnologie gesichert. Gemäss Studie betrug die inländische Wertschöpfung mit Dienstleistungen und Produkten im Umweltbereich – dazu gehören beispielsweise Energietechniken, Filteranlagen oder Messgeräte – im Jahr 2004 rund 6.7 Milliarden Franken. Der «Umweltschutzmarkt» ist somit längst zu einem bedeutsamen Wirtschaftszweig angewachsen. Der Kanton Zürich als grösster schweizerischer Bildungs- und Wirtschaftsstandort ist hervorragend positioniert, um die entsprechenden Industrien und DienstleisterInnen weiter zu stärken. Die bundeseigenen Kompetenzzentren EMPA und EAWAG in Dübendorf sowie die WSL in Birmensdorf stellen für den Kanton Zürich eine grosse Chance dar für die Stärkung des regionalen Umweltschutzmarktes.

Ebenfalls von Bedeutung im Kanton Zürich ist die Kreativwirtschaft. Mit rund 4.5 Prozent des kantonalen BIP ist ihr Anteil höher als beispielsweise in Berlin. Zählt man – wie es der Kanton Zürich macht – die ganze Software-Industrie zur Kreativwirtschaft, bietet die Branche im Kanton Zürich rund 53'000 Personen Arbeit. Dies entspricht rund einem Viertel der gesamtschweizerischen Beschäftigungsvolumens.

Die überproportionale Präsenz der Kreativwirtschaft in der Stadt Zürich macht deutlich, dass diese am besten in urbanen Räumen gedeiht. Sie ist eng mit der Kulturwirtschaft verflochten und hat sich insbesondere in Branchen ehemaliger städtischer Industriegebiete entwickeln können. Vielerorts haben Pioniere aus der Kreativwirtschaft als Zwischennutzer zur Aufwertung brachliegender Gebiete beigetragen – finanziell wie imagemässig. Negativer Nebeneffekt:

Günstige Räume werden zu einem knappen Gut, besonders augenscheinlich ist dies im ehemaligen Industriequartier der Stadt Zürich.

Heute fehlt eine koordinierte Standortförderung. Gemeinden, Regionen, Kanton und Private agieren weitgehend unabhängig voneinander und ohne strategische Zielsetzung.

b. Neue Positionierung

Die Wirtschaftskrise erfordert einen tiefgreifenden Umbau der Zürcher Wirtschaft. Die Grüne Fraktion hat daher im Kantonsrat die Forderung nach einer Wirtschafts- und Standortförderung deponiert, die sich strategisch an den Chancen der Green Economy und den Wachstumspotentialen eines Green Change ausrichtet. Der Energiebereich spielt hier eine Schlüsselrolle. Das EKZ verfügt immerhin über eine freie Reserve von CHF 1 Milliarde. Es gibt also Mittel, die eingesetzt werden können.

Zürich positioniert sich als energieeffiziente, umweltfreundliche, innovative und krisenfeste Wirtschaftsregion. Im Vordergrund stehen eine strategische Ausrichtung der Standortförderung und die Standardisierung von Investitionsbeiträgen. Die Förderung des Wirtschaftsstandorts Zürich und seine Vermarktung gegen aussen werden auf die zukunftsfähigen Branchen ausgerichtet, namentlich auf die «Green Economy» und die Kreativwirtschaft.

c. Forderungen der Grünen Kanton Zürich

- Die Standortvorteile des Kantons Zürich werden konsequent gestärkt: Bildung der Arbeitskräfte, Kultur, Lebensqualität, öV, Sicherheit und Naherholung. Diese Faktoren bescheren Zürich Topplätze in nationalen und internationalen Rankings.
- Standortförderungsgesetzgebung: Für die Neuausrichtung einer koordinierten Standortförderung ist eine Rechtsgrundlage mit klaren Zielen und Kriterien zu schaffen: energie-effizient, innovativ, krisenfest, umweltfreundlich. Die Standortförderung muss die Gemeindeautonomie überwinden.
- Neue Strategie für GreaterZurichArea für den ökologischen Umbau der Wirtschaft: Heute fehlt eine gültige GZA-Strategie. Der Fokus lag bislang

auf IT und Life Sciences. Die Zukunftsmärkte liegen in der Green Economy, z.B. im Energie- und Effizienzbereich. Der Grossraum Zürich wird zum Herz der «Green Economy».

- In zentrumsnahen Gebieten muss bezahlbarer Gewerberaum zur Verfügung stehen.
- An geeigneten Lagen sind Flächen für günstige Arbeitsplätze von Startup-Unternehmen auszuscheiden. Kreative, junge Unternehmen bringen Innovation und setzen Trends.

3. Steuerpolitik

a. Ausgangslage im Kanton Zürich

Die Steuerpolitik der Grünen orientiert sich an den Begriffen Gerechtigkeit, Solidarität und sozialer Ausgleich. Diese Werte finden im Verfassungsgrundsatz der Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit ihren Niederschlag. Dieser ist auf Bundes- wie auch auf Kantonsebene fest verankert. Der Grundsatz besagt: Wer mehr hat, leistet einen grösseren Beitrag an die Finanzierung der staatlichen Tätigkeiten und Leistungen. Damit sorgt die Steuerpolitik für einen gewissen Ausgleich zwischen Reich und Arm und soll verhindern, dass sich die Schere zwischen den Extremen vergrössert.

In den letzten zehn Jahren wurde die Steuerlast im Kanton Zürich zunehmend auf die Einkommenssteuern der natürlichen sowie die Gewinnsteuern der juristischen Personen verlagert. Diese leistungsfeindliche Entwicklung geschah als Folge der Abschaffung oder Reduktion diverser einkommensunabhängiger Steuern: Teilabschaffung der Erbschaftssteuer, Abschaffung der Handänderungssteuer, Senkung von Notariats- und Grundbuchgebühren (eine so genannte Gemengsteuer) bei Liegenschaftentransfers etc.

Das heutige Steuersystem halten die Grünen für überholt und falsch, weil die höchsten Einkommen und Vermögen stets überproportional von Abzügen profitieren. Es setzt zweifelhafte und falsche Anreize, z.B. beim Abzug der berufsbedingten Fahrkosten.

Vergleicht man die steuergünstigsten Gemeinden miteinander, liegt der Kanton Zürich bei den höchsten Einkommen durchwegs in der ersten Hälfte, zumeist im

vordersten Drittel der Schweiz. Besser stehen vor allem kleine Steuerdumping-Kantone da. Zürich ist alles andere als eine Millionärs-Hölle.

b. Der zunehmenden Feudalisierung entgegen treten

Unabhängig vom Steuertarif unterstützen die Grünen Kanton Zürich grundsätzlich einen Systemwechsel, weg von heute mehreren hundert Steuerabzügen hin zu einer einfachen Veranlagung mit wenigen, pauschalen Abzugsmöglichkeiten etwa für Erwerbstätigkeit oder für Kinder.

Der kurzfristige Steuerwettbewerb ist zu beenden. Der Kanton Thurgau hat es im September 2009 mit dem Nein zur Flat Rate Tax vorgemacht. Zürich hat mit der Abschaffung der Pauschalsteuer für ausländische Millionäre einen ersten Schritt getan. Schweizweit hat der Bund dafür zu sorgen, dass sich alle Kantone an die geltenden Spielregeln halten. Der Kanton Zürich muss sich – neben einer steuerpolitischen Neuorientierung – aus umwelt- wie aus finanzpolitischen Gründen einer ökologischen Finanzreform öffnen.

Stärkung der Solidarität: Die Besteuerung nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit darf nicht länger untergraben werden. Dieser Grundsatz der Verfassung ist auch heute sinnvoll: Starke Schultern tragen mehr. Die Leistungsträger im Mittelstand dürfen nicht zugunsten jener ganz oben mehr belastet werden.

Die Ausfälle bei den einkommensunabhängigen Steuern müssen kompensiert werden, ohne proportional stärkere Belastung des Mittelstandes. Der Kanton Zürich darf seine wirtschaftlichen und finanziellen Leistungsträger nicht gefährden.

Schon seit einigen Jahren ist eine Entwicklung zu beobachten, die man als «Re-Feudalisierung» bezeichnen kann: Nicht nur werden Reiche immer reicher, sondern der Reichtum bleibt zunehmend in den gleichen Familien, ohne dass diese hierfür eine besondere Leistung erbringen – wie unter mittelalterlichen Verhältnissen des sogenannten Feudalismus. Dem muss mit einer substantiellen Erbschaftssteuer auf Bundesebene begegnet werden.

c. Forderungen der Grünen Kanton Zürich

- Nein zur Steuergesetzrevision 2010: Die Grünen lehnen Steuer geschenke an TopverdienerInnen und Superreiche grundsätzlich ab und damit auch die Senkung der obersten Tarifstufe für steuerbare Einkom-

men über 250'000 (Grundtarif) bzw. 350'000 Franken (Verheirateten-tarif) von 13 auf 11 Prozent.

- Nein zur faktischen Abschaffung der Kapitalsteuer im Steuergesetz: Die Grünen lehnen Steuergeschenke an Grossunternehmen ab und damit auch die Verrechnung der Gewinnsteuer mit der Kapitalsteuer. Bereits 2005 wurde die Kapitalsteuer für juristische Personen halbiert.
- Sofortiger und regelmässiger Ausgleich der kalten Progression.
- Keine Erhöhung des Steuerfusses in der aktuellen Wirtschaftskrise: Zwar hat der Verzicht auf die Steuerfusserhöhung im Rahmen des Sanierungsprogramms 2004 die heutige Finanzmisere mitverursacht. Die Grünen haben sich damals für eine Erhöhung eingesetzt. Heute dagegen wäre eine Steuerfusserhöhung der falsche Schritt, da konjunkturpolitisch fatal.
- Die Hauseigentümer-Initiative «Grundstückgewinnsteuer – ja, aber fair!» wird ohne Wenn und Aber abgelehnt. Sie würde den Gemeinden Steuerausfälle in der Höhe von mehreren Prozenten bringen.
- Einführung einer nationalen Erbschaftssteuer mit Biss. Erben ist keine Leistung. Eine Steuer auf Erbschaften ist keine Erfindung der Grünen, sondern eine urliberale Forderung zugunsten von gleich(er)en Startchancen für alle.
- Vereinfachung des Steuersystems, Abschaffung des Abzugschungels und Umlagerung politischer Förderziele aus dem Steuerrecht in eine aktive und gezieltere Förderpolitik. Das ist besser für Umwelt, Familien und Bildung, und es können alle profitieren.
- Falsche Anreize müssen eliminiert werden. Sämtliche fiskalischen Massnahmen sind auf ihre Umweltauswirkungen zu überprüfen.
- Ökologische Finanzreform: Neuordnung der Finanzierung bei Strassenunterhalt und Strassenbau, Abgabepflicht auf Parkplätze bei Grossanlagen wie Einkaufszentren und anderen verkehrsintensiven Nutzungen usw..

4. Rohstoffe

- **Ausgangslage in der Schweiz und im Kanton Zürich**

Die Schweiz ist arm an Rohstoffen. Dieser grundlegende wirtschaftliche Standortnachteil lässt sich nur mit hochqualifizierten Verarbeitungsprozessen und Dienstleistungen kompensieren. Schlüsselgrösse ist das Potential an gut ausgebildeten Personen, die der Wirtschaft zur Verfügung stehen.

- **Bildung ist unser Rohstoff**

Wollen wir langfristig die Innovationskraft unserer Wirtschaft stärken, so müssen wir viel in Bildung investieren. Die Bereiche der erwünschten Standortförderung sind gezielt zu unterstützen.

Bildungsinvestitionen dürfen aber nicht nur den High-Tech-Bereich betreffen, sondern müssen auch die allgemeine und berufsorientierte Weiterbildung und die Förderung Geringqualifizierter berücksichtigen.

- **Forderungen der Grünen Kanton Zürich**

- Der Kanton Zürich lanciert eine Weiterbildungs-Offensive in zukunftsträchtigen Berufen (auch Umschulungen, kürzere Zusatzausbildungen): Auf dem Arbeitsmarkt fehlen Fachleute im Bereich IT, Haustechnik, Energieplanung usw. zur Umsetzung der Energieoffensive. Im Gesundheitswesen droht massiver Personalmangel.
- Bildung an den Hochschulen darf für die Studierenden nicht zu einer Frage des Vermögens werden. Eine Erhöhung der Studiengebühren wird abgelehnt.
- Nachholbildung/Lehrabschluss für Erwachsene gemäss Art. 32 BBG
- Stärkere und einheitliche finanzielle Förderung der beruflichen Weiterbildung und insbesondere der Höheren Berufsbildung (Fachausweise und Diplome). Das heutige Ungleichgewicht gegenüber akademischer Bildung schafft falsche Anreize und benachteiligt den beruflichen Mittelstand. Zu prüfen sind dafür z.B. klar definierte Weiterbildungsgutscheine.

5. KMU-Förderung

a. Ausgangslage in der Schweiz und im Kanton Zürich

Junge UnternehmerInnen müssen für den Aufbau eines eigenen Geschäftes grosse Hürden bewältigen, wie administrative Anforderungen und hohe Fixkosten. Davor schrecken viele zurück und gute Ideen bleiben auf der Strecke.

Die öffentliche Hand hat 2008 schnell und mit Milliardenkrediten auf die angeschlagene Finanzbranche reagiert. Staatliches Engagement darf sich aber nicht auf die Rettung bedrohter Bankinstitute und die Wiederankurbelung des Inter-Banken-Handels beschränken. Von entscheidender Bedeutung ist die Sicherung der Kreditversorgung der Realwirtschaft. Die Kreditvergabepraktiken der Finanzindustrie prägten bereits vor deren Zusammenbruch die gesamtwirtschaftliche Ausrichtung entscheidend mit. Junge UnternehmerInnen mit guten Ideen sind für die Banken offenbar uninteressant. Sie müssen Kapital unter Freunden und Verwandten aufbringen.

Der ökologische Umbau der Wirtschaft ist direkt und indirekt davon abhängig, ob innovativen, handlungswilligen Firmen und Personen das notwendige Investitionskapital zur Verfügung gestellt wird. Die Konditionen, zu denen Kredite im Immobilien- und KMU-Bereich vergeben werden, haben eine entscheidende Bedeutung für den ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft.

b. Gute Rahmenbedingungen fördern den Unternehmergeist

Personen mit einer Geschäftsidee werden zu deren Umsetzung in die Praxis ermutigt. Der Kanton Zürich bietet besonders günstige Rahmenbedingungen für Firmengründungen, die ZKB verstärkt deren Finanzierung.

c. Forderungen der Grünen Kanton Zürich

- Der Kanton und die grösseren Gemeinden sind dafür besorgt, dass für Firmengründungen und eine Startphase von beispielsweise zwei Jahren geeignete günstige Räumlichkeiten zur Verfügung stehen.
- Der Kanton schafft für Firmengründungen eine zentrale Anlaufstelle, welche die Einzelangebote von Notariat, Handelsregisteramt und Sozialversicherungsanstalt vereint.

- Die öffentliche Hand bietet privaten Unternehmen beim ökologischen Umbau kompetente Beratung an.
- In allen Regionen sind ökologische Beratungsstellen für Unternehmen einzurichten. Wo möglich, können vorhandene öffentliche oder im öffentlichen Auftrag tätige Energieberatungsstellen erweiterte Funktionen übernehmen. Diese Stellen sollen unter anderem über energetische Optimierungsmöglichkeiten informieren, Beratung in den Bereichen Mobilitätsmanagement und Abfallverwertung anbieten und über mögliche Fördergelder informieren. Die Beratungsgebühren sollen attraktiv sein. Bei nachgewiesenen Umsetzungen von Massnahmen sind sie zumindest teilweise zurück zu erstatten.
- Administrative Pflichten von Betrieben sollen nach Möglichkeit kostengünstig über elektronische Schalter abgewickelt werden können. Sind dafür Zertifikate für elektronische Unterschriften nötig, sollen diese von Kleinbetrieben möglichst gebührenfrei erworben werden können.

6. Unternehmen der öffentlichen Hand

a. Ausgangslage in der Schweiz und im Kanton Zürich

Die Unternehmen der öffentlichen Hand haben eine grosse Vorbildwirkung. Die Dienstleistungen in der Grundversorgung sind in der Regel von hoher Qualität und Zuverlässigkeit. Diese Eigenschaften bieten einen unverzichtbaren Rahmen für die Wirtschaft.

b. Benchmark für zuverlässige und klimabewusste Leistungen

Die hohe Qualität der Grundversorgung wird weiterhin durch Unternehmen der öffentlichen Hand sichergestellt. Ihre starke Positionierung im Energiemarkt wird genutzt, um die Umstellung auf erneuerbare Energien intensiv voran zu treiben.

c. Forderungen der Grünen Kanton Zürich

- Für Unternehmen der öffentlichen Hand, die nicht in der Grundversorgung tätig sind oder einen andern gesellschaftlichen Auftrag erfüllen, ist die Umwandlung in Genossenschaften zu diskutieren (z.B. ZKB, EKZ). Wer Leistungen bezieht, wäre als Genossenschafter(in) am Unternehmen beteiligt.
- Der Kanton hat aktiv auf die Geschäftspolitik von Firmen, an denen er beteiligt ist, einzuwirken. Er soll soziale und ökologische Ziele für verbindlich erklären.
- Energieunternehmen, an denen die öffentliche Hand beteiligt ist, sind darauf zu verpflichten, auf Investitionen in Atom- und Kohlekraftwerke zu verzichten. Die Elektrizitätswerke und die kantonalen sowie kommunalen Werke legen Reduktionsziele für den Energieverbrauch fest und setzen sich aktiv für die Nutzung von Abwärme von industriellen Werken ein.
- Die Zürcher Kantonalbank trägt volkswirtschaftlichen Aspekten zentral Rechnung. Sie steht deshalb in besonderer Verantwortung insbesondere bei der Vergabe von Krediten. Sie soll kleine und mittlere Betriebe bei der Sicherung ihrer Liquidität unterstützen und die Kreditvergabe nur mit äusserster Zurückhaltung an Sanierungsmassnahmen koppeln.
- Es soll der Kantonalbank untersagt sein, Kredite für umwelt- oder sozialpolitisch unverantwortliche Projekte zu sprechen.
- Die öffentliche Hand ist beispielhafte Arbeitgeberin und bietet grosszügig Ausbildungsplätze und nach Möglichkeit auch Angebote im sekundären Arbeitsmarkt an.

7. Beschaffungswesen

a. Ausgangslage in der Schweiz und im Kanton Zürich

Der Kanton Zürich kann selbst als Auftraggeber wirtschaftliche Impulse geben. Die Konjunkturforschungsstelle der ETH errechnete im Januar 2009, dass jeder in öffentliche Bauten investierte Franken eine zusätzliche Wertschöpfung von 1.60 Franken zur Folge hat – der volkswirtschaftliche Nutzen beträgt damit mehr als das Dreifache von Senkungen der Einkommens- oder der Mehrwertsteuer.

b. Mit gutem Beispiel voran

Der Staat ist Beispiel für nachhaltiges Wirtschaften.

c. Forderungen der Grünen Kanton Zürich

- Verwaltungsabteilungen und öffentliche Betriebe bevorzugen nachhaltig wirtschaftende AnbieterInnen.
- Als Beschafferin soll die öffentliche Hand sozialen und ökologischen Kriterien einen hohen Stellenwert beimessen. Der Kanton soll Gemeinden, Zweckverbände und öffentlich-rechtliche Unternehmen verpflichten, entsprechende Beschaffungsleitbilder zu erstellen und diesen nachzuleben. Sie sollen sich dabei an den Leitlinien europäischen Kampagne «Procura+» orientieren.

8. Finanzpolitik

a. Ausgangslage in der Schweiz und im Kanton Zürich

Ein Blick auf die Zürcher Staatsfinanzen zeigt, dass die Wirtschaftskrise auch auf die Steuereinnahmen durchschlägt. Ende 2009 wies der Kanton Kanton Zürich eine Verschuldung von 4.1 Milliarden Franken auf. Gleichzeitig stehen notwendige Grossinvestitionen in Verkehrs-, Bildungs- und Spitalinfrastruktur an. Die aktuelle Strategie der Finanzdirektion lässt einen substantiellen Beitrag zur Behebung der kantonalen Finanzprobleme nicht erkennen. Aufgrund verschiedener Steuergesetzrevisionen, verursacht durch die bürgerliche Steuerpolitik des ablaufenden Jahrzehnts, verzichtet der Kanton mittlerweile auf Einnahmen von nahezu CHF 1 Milliarde jährlich.

b. Behebung des strukturellen Defizits

Zur Sanierung der Kantonsfinanzen ist das strukturelle Defizit des Kantons Haushaltes zu beheben. Diese Aufgabe umfasst nicht nur die Aufwand-, sondern auch die Ertragsseite.

c. Forderungen der Grünen Kanton Zürich

- Verzicht auf fragwürdige Investitionen. Grösster Investitionsbrocken ist das unnötige PJZ. Der Kanton Zürich kann sich diesen Luxus gegenwärtig nicht leisten. Der Standort ist ideal für Startups und Kreativwirtschaft. Zu prüfen ist, ob auch auf andere Projekte verzichtet werden kann.
- Die Finanzierung des Strassenunterhalts der Gemeinden aus dem kantonalen Strassenfonds (zweckgebundene Mittel) eröffnet neue Spielräume im Finanzausgleich zwischen Kanton und Gemeinden.
- Überprüfung der Lohnmodelle. Lohnmodelle, die sich stärker an den effektiven Kosten, die im Laufe eines (Arbeits-)Lebens anfallen, ausrichten, müssen thematisiert und geprüft werden. Nichts zu verhandeln gibt es bei den unteren Einkommensklassen.
- Entwicklung einer nachhaltigen Anlagestrategie für die BVK.

- ¹ A WarningFromThe Garden
- ² Global Green New Deal - UNEP Green Economy Initiative
- ³ Auswirkungen des Umweltschutzes auf BIP, Beschäftigung und Unternehmen, Umwelt-Materialien Nr. 197, BUWAL/Fraunhofer, 2005. Zusammenfassung in Umwelt 04/2005.
- ⁴ Das sind rund 6000 Stellen weniger als bei der Kreativbranche im Kanton Zürich
- ⁵ Beschäftigungswirkungen eines Investitionsprogramms für die Schweiz, Simulationen mit dem KOF-Makromodell
- ⁶ Beitrag Daniel Lampart in „Die Volkswirtschaft“ 3-2009
- ⁷ Positionspapier zum ökologischen Umbau der Wirtschaft
- ⁸ siehe beispielsweise das Angebot Öko-Kompass der Stadt Zürich
- ⁹ siehe beispielsweise das Leitbild der Stadt Zürich
- ¹⁰ www.procuraplus.com